

Zürcher Tagblatt

XIV. Jahrg. Nr. 36

3. September 1925

Wochen-Angabe für Ausland und Uebersee

Schweiz 90 Fr., Spanien 90 Pesetas, Tschechoslowakei 150 Kr., Türkei 25 sh., Uruguay 90 Peso oro, Venezuela 5 \$ U. S. A., Vereinigte Staaten (U. S. A.) 5 \$, Zentralamerika 5 \$ U. S. A., Anzeigen für die zwölftägige Nonpareilzeitung Rudolf Mosse Normalzeitungsmesser 4 000 RM., Habrik Deutsche Waren 0,75 RM. für die 27 mm breite Zeile in, bes. Tarif. Aelteste Anzeigenannahme: Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Berlin SW 19, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Halle a. S., Köln a. Rh., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Prag, Wien, Budapest, Warschau, Bakarest, Amsterdam, Basel, Zürich. Druck u. Verlag von Rudolf Mosse, Berlin. Telegr.-Adr.: „Berlita“ Berlin. — Rudolf Mosse-Code.

Die drei Fragen.

Die französische Antwortnote.

Von

Erich Dombrowski.

Wie stehen die Dinge? Das Studium des Notenwechsels ist beendet zu sein. Man will zur Tat schreiten. Sind die Voraussetzungen dafür schon geschaffen? Kann man sich dieses Jahres jenes Sicherheitsangebot an die Alliierten verschaffen lassen, das den festgefrorenen ausserpolitischen Boden lockerte. Im Juni kam die Antwort Briands darauf. Sie war weniger eine Erwiderung auf die deutsche Note als eine neue, die eine völlig neue Grundlage schuf. Vier Wochen später erwiderte die Reichsregierung, in ihrer Entschlossenheit ihren Standpunkt zu den französischen Vorschlägen. In dem neuen französischen Memorandum, präzisiert Frankreich, wenn auch etwas abweichend, abermals seine Forderungen. Die Partei hat sich somit auf eine bestimmte Grundlage für die weiteren Verhandlungen eingelassen. So streitet Grundlage gegen Grund. Aber vorläufig nur für die Voraussetzungen des Abschluss eines Sicherheitspaktes. Ueber ihn selbst ist im letzten Verlaufe des Notenwechsels überhaupt nicht mehr worden. Nun, da man mit der Feder an die Wand genommen ist, sollen in den nächsten Verhandlungen einseitig eine gegenseitige Information der ausserpolitischen sein. Dann, wenn das Terrain ein wenig sondiert ist, sollen die Ausserminister irgendwo und irgendwann zum Abschluss des Vertrages treffen. Diese Reihenfolge ist merklich. Bisher pflegten die Juristen, mit der Feile in der Hand, erst dann aus den Kullissen hervorzutreten, wenn die anderen im Rahmen für ein Abkommen geschaffen und die nötige bestimmt hatten. Jetzt will man es umgekehrt haben. Das macht fast den Eindruck, als ob man, achselzuckend, zunächst den Faden hinüber und herüber durch die Angerung eines kleinen Zwischenspiels nicht abreißen lassen will. Oder aber aus den Londoner Besprechungen Briands und bereits sind bereits konkrete Vertragsentwürfe hervorgegangen, die der Öffentlichkeit bisher vorzuenthalten sind und der Konferenz der Juristen, so mir nichts dir nichts, als unterbreitet werden sollen. Als der französische Botschafter die Margerie dem deutschen Ausserminister die Entwürfe überbrachte, erhob Dr. Stresemann gegen einen derartigen „diplomatischen Ueberfall“, falls er beabsichtigt sein sollte, Einspruch.

*

Welches sind die Vorbedingungen, die Frankreich hinter den Sicherheitspakt aufgerichtet hat? Keinesfalls des Versäiler Friedensvertrages und jener Abkommen, die damit in Verbindung stehen. Vorbehaltloser Einverständnis in den Völkerbund. Abschluss von Schiedsverträgen, die durch eine Sondergarantie gesichert sein sollen. In der Juniote hatte Frankreich jede Möglichkeit einer Änderung der Friedensverträge, fast katastrophal, abgelehnt. Auch jede Diskussion darüber von vorn abgelehnt. Ganz so schroff, so knapp und präzise in Form ist das neuerliche Antwortschreiben nach dieser Hinsicht nicht mehr. Es erkennt den Einwand Deutschlands, dass gewisse Bestimmungen der Völkerbundsatzung die Möglichkeit vorsehen, die Verträge auf dem Wege der Verträge neuen Verhältnissen anzupassen, an. Es will nicht, dass derartige Änderungen bereits jetzt in die in Aussicht genommenen Abmachungen vorgenommen werden. Das gleiche will es auf das Rheinland bezogen wissen. Das Recht Deutschlands, im Rahmen des Völkerbundes nach seinem Beitritt derartige Versuche zu machen und dahingehende Anträge zu stellen, wird nicht bestritten. Der starke Standpunkt Frankreichs hat sich hier also gewisse Elastizität aufgelöst. Das Nein wird zeitlich befristet. Das Problem wird, auf spätere Zeit verlagert, dem Völkerbund zur Lösung überwiesen. Jedenfalls soll darüber zur Zeit noch nicht gesprochen werden.

*

Wie stehen wir beim Völkerbund. Deutschland soll beängstigt in ihn eintreten. Diese Forderung Frankreichs, die im Juni, fast ohne jede weitere Begründung, als Maxime gestellt war, wird nunmehr, auf die deutschen Einwendungen hin, in die Form einer freundlicheren Anforderung gekleidet. Die deutschen Vorbehalte, vor allem die Ablehnung des Artikels 16 der Völkerbundsatzung, die das Durchmarschrecht bei sich vorzueht, werden allerdings beiseite geschoben, da für gewisse Zusagen nicht Frankreich, England oder irgendein anderer Staat zuständig sei, sondern ausschliesslich der Völkerbund. Nun, dann haben die Alliierten, die sich jetzt hinter das Wort der Formalien zurückziehen, das, worauf es ankommt, gesehen oder nicht sehen wollen. Selbstverständlich kann eine einzelne Nation, über den Völkerbund hinweg, Deutschland von irgendeiner Bestimmung der Satzungen dispensieren. Man aber vergessen, dass bei früheren Sondierungen alle Länder kommenden Länder Deutschland einen Sitz im Völkerbund und im Sekretariat zugestanden hatten, wenn es dem Völkerbund anschliessen würde. Es handelte sich dabei um Zusicherungen unter der Hand. Wir verlangen wir auch jetzt nicht. Wir verlangen, dass, solange die allgemeine Abrüstung nicht durchgeführt ist, Deutschland, das, ohne Waffen, infolge seiner geographischen Lage fast prädestiniert ist für das Entstehen eines europäischen Krieges, auf dem Gebiet der Abrüstung auf den Artikel 16 ausgenommen wird. Weiter. Diese Zusicherung müsste Frankreich um so leichter zu machen als es in dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund die für jede Sicherheit sieht. „Es ist gerade das, was dieser Sicherheit“, fährt die französische Note fort, „das bis jetzt die allgemeine Abrüstung verhindert hat.“ Also? Ist es ein grundlegendes Versprechen, ein allgemeines Abkommen für die Zukunft gegeben? Wenn ja, dann müsste die zeitlich begrenzte Ausnahmestellung Deutschlands die Erfüllung dieser Verheissung nur beschleunigen.

nigen. Vielleicht ist dieser auffällige Zwischensatz der französischen Antwort aber weniger an Deutschland gerichtet als an Amerika, das bisher, gerade im Zusammenhang mit den Auswüchsen des französischen Militarismus, in der Schulden- und Kreditfrage so wenig Entgegenkommen gezeigt hat.

*

Endlich die Garantiefrage. In der Juniote hatte Frankreich für sich das Recht in Anspruch genommen, nach einseitigem Ermessen bei Vergehen gegen die Reparationsverpflichtungen und, als Garant, bei Verletzung etwaiger Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei Repressalien vorzunehmen. Der französische Sergeant will eben dauernd mit gezogenem Säbel und gespanntem Revolverhahn an der deutschen Grenze stehen, um sofort, ohne irgendeine andere Nation oder den Völkerbund zu befragen, von sich aus in Deutschland einzumarschieren, wenn es irgendeine Vertragsverletzung für gegeben erachtet. In der gegenwärtigen Antwort wird dieser Standpunkt von Frankreich zwar etwas umschrieben, aber letzten Endes doch aufrecht erhalten. Allerdings gibt es zu, dass Mittel und Wege gefunden werden könnten, „um die Unparteilichkeit der Entscheidungen sicherzustellen, ohne Unmittelbarkeit und Wirksamkeit der Garantie zu schaden“. Das Wie wird offen gelassen. Das Wie aber ist das Ausschlaggebende. Die zwei Möglichkeiten, die die Note, vornehmend, andeutet, sind wenig sichtlich. Deutschland brauche den Schiedsverträgen bloss einen obligatorischen Charakter zu geben. Das heisst, es müsse nicht nur die juristischen Streitfragen, sondern auch die sogenannten politischen Fragen, somit alle ohne Ausnahme, einem bindenden Schiedsverfahren unterstellen. In den Schiedsverträgen, die Deutschland bisher mit anderen Mächten, so mit der Schweiz und mit Finnland, eingegangen ist, erfahren nur die juristischen Fragen durch den Schiedspruch eine endgültige Erledigung, während die politischen Fragen durch ein Vergleichsverfahren

geregelt werden, dessen Urteil nur eine moralische, nicht aber eine bindende Bedeutung hat. Die zwischenstaatliche Moral hat nach dem Kriege, nicht zuletzt durch das Symbol des Völkerbundes, eine solche Bedeutung gewonnen, dass jede Nation sich hüten wird, sich leichten Herzens über Schiedssprüche hinwegzusetzen und einen Krieg vom Zaune zu brechen. „Der Angreifer“, sagt die französische Note, „bezeichnet sich selbst durch die blossen Tatsache, dass er, anstatt sich auf eine friedliche Lösung einzulassen, zu den Waffen greift.“ Wirklich? Das Problem des Angriffs ist fast noch in jedem Kriege, zuletzt vor elf Jahren, ausserordentlich umstritten worden. Grenzverletzungen können konstruiert und so der Gegner zum Angriff provoziert werden, obwohl er glaubt, lediglich in der Verteidigung zu sein. Eine Mobilmachung an der Grenze kann erfolgen, und der andere, der jeden Augenblick befristet muss, unter die militärische Walze des Nachbarn zu kommen, greift, wiederum in der Abwehr, zu Gegenmassnahmen. So liessen sich noch zahlreiche Fälle, wie es ja auch die Geschichte lehrt, konstruieren, um zu zeigen, wie flüssig das Angriffsproblem ist. Mit einer solchen Wortauslegung, die sich mit den Tatsachen nicht in Einklang bringen lässt, ist also nichts zu machen. Eine einseitige Garantienstellung kann von Deutschland nicht konzediert werden.

*

Ueberblickt man das Ganze, so kann man einen gewissen, wenn auch nicht grossen Fortschritt in der Aussprache über den Sicherheitspakt feststellen. An ihn selbst ist bisher überhaupt noch nicht herangetreten. Nur an die Voraussetzungen dazu. An die Voraussetzungen, die Frankreich daran geknüpft hat. Die Verständigung selbst darüber liegt noch in weitem Felde. Jetzt werden sich die Juristen darüber auseinandersetzen. Und dann? Dann vielleicht die vier Ausserminister Frankreichs, Belgiens, Englands und Deutschlands. Bis dahin wird voraussichtlich noch eine ganze Zeit verstreichen.

Tagung der Auslandsdeutschen in Berlin.

Stresemanns Mahnung: „Die Verfassung, der einzige feste Grund.“

Die Tagung des Auslandsdeutstums in Berlin nahm am 29. August ihren Auftakt mit einem Besessenenabend, der von mehr als 600 Teilnehmern besucht war. Unter den Anwesenden bemerkte man Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, des Heeres und der Marine, des Reichs- und des Landtages und der Presse. Einleitend begrüsst als Vorsitzender der Tagung Admiral v. Tuppel die Versammlung. Das Auslandsdeutstum von einst, so führte er aus, sei ein Ueberbusschuss deutscher Kraft gewesen; das Auslandsdeutstum von heute stünde unter dem Zeichen der deutschen Not. Zu dem Auslandsdeutstum von heute seien auch zu rechnen die deutschen Brüder, die mit brutaler Gewalt durch den Friedensvertrag von deutschen Mutterlande getrennt worden wären. Admiral v. Tuppel begrüsst die Anwesenden, insbesondere den Reichsaussenminister Dr. Stresemann, und brachte dann ein Telegramm des Reichspräsidenten zur Verlesung. Geheimrat Grosse vom Bund der Auslandsdeutschen sprach über den Aufbau und die Aufgabe dieser Tagung. Möge der Versuch, der hiermit zum Segen des Auslandsdeutstums gemacht sei, gelingen. Er verlas Telegramme des Reichspräsidenten Löbe, des Vizepräsidenten Dr. Riesser, des Gouverneurs Schnee. Auch er begrüsst die anwesenden Vertreter der Auslandsdeutschen, ferner die Vertreter von 102 heimischen Verbänden. Dann nahm der Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann das Wort, um etwa folgenden auszuführen:

Es ist bedauerlich, dass das Reich in die Beziehung zum Auslandsdeutstum durch die Friedensverträge in einer Weise hineingezogen worden ist, die zu berechtigten Klagen des Auslandsdeutstums Veranlassung gegeben hat. Man hat das Auslandsdeutstum haftbar gemacht

für deutsche Kriegsschädigung, das Deutsche Reich entschädigungspflichtig für diejenigen, denen Hak und Gut genommen war. So ist gerade das Auslandsdeutstum hineingezogen worden in die grosse Vermögensentwertung der Inflation, und die Grenzen der Fähigkeit staatlicher Hilfe sind bitter empfunden worden. Erst langsam ebbt auch für den deutschen Kaufmann die Kriegsspychose im Ausland ab, und die letzten von Deutschland geschlossenen Handelsverträge zeigen den grossen Kampf um die Gleichberechtigung des Deutschen in der Welt, der noch nicht bis zum Ende ausgekämpft worden ist. So mag der Auslandsdeutsche oft der deutschen Heimat gegenüber stehen mit Zweifeln und Beschwerden. Erschwert wird dieses Verhältnis noch durch die Einstellung des Auslandsdeutstums zu unserer in der deutschen Entwicklung. Man kennt draussen vielfach nur das Deutschland, das im Sonnenglanz der Weltgeltung vor den Völkern dastand, und kennt nicht die Kämpfe, durch die dieses Deutschland aus der Tiefe des Sichwiederemporrings gehen musste. Und trotzdem brauchen wir nicht die Hoffnung auf eine bessere Zukunft aufzugeben. Ueber unseren Kämpfen in der Gegenwart steht das tröstliche Wort: Dennoch! Seien wir uns doch klar darüber, dass es trotz allem im Innern vorwärts geht.

Es war ein Zeichen der politischen Reife des deutschen Volkes, dass es aus den Verhältnissen nach dem verlorenen Kriege den Weg zur konstitutionellen Verfassung fand. Mag diese Verfassung Fehler und

Werbenummer zur Breslauer Herbstmesse.



Begrüssungsabend der Auslandsdeutschen in Berlin.
Die Vorstandsmitglieder mit dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann (X)

Atlantide phot.